

Beschluss

Demokratie verteidigen: Unser 11-Punkte-Plan gegen Rechts!

Gremium: LPT
Beschlussdatum: 23.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Der Landesparteitag beschließt:

2 Rechtsradikale Ideologie ist tief verankert in der deutschen Gesellschaft.
3 Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie, Transfeindlichkeit,
4 Islamfeindlichkeit und völkischer Nationalismus muss auch in Schleswig-Holstein
5 mit allen geeigneten rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen Mitteln
6 **entschlossen** entgegengetreten werden.

7 Die offene, freiheitliche Gesellschaft ist in Gefahr, wenn menschenfeindliches
8 Gedankengut immer häufiger unwidersprochen gesagt werden kann. Rechte bedienen
9 in unterschiedlichsten Gruppierungen und Zusammenschlüssen nicht nur den
10 gesellschaftlichen Rand, sondern wirken bis in die Mitte der Gesellschaft. Sie
11 bestimmen immer häufiger einen ausgrenzenden politischen Diskurs durch
12 Tolerierung von Gewalt, die Nichtanerkennung staatlicher Gewalt, ihre
13 Bereitschaft freiheitliche Rechte einzuschränken und radikalieren sich in
14 ihrer Weltanschauung weiter.

15 Dazu zählen wir neben der subkulturellen oder militanten Neonazi-Szene, den
16 rechten Parteien, der „Neuen“ Rechten explizit auch die
17 Reichsbürger*innenbewegung, völkische Nationalist*innen, die rechte Musik- und
18 Kampfsportszene und den Rassismus der „Mitte der Gesellschaft“. In ihrer
19 Weltanschauung teilen sie dieselben „Blut und Boden“-Ideologien und propagieren
20 das Aussterben der „Volksgemeinschaft“, die eine nationalsozialistische
21 Konstruktion von „Rasse und Raum“ aufgreift.

22 Es ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte, einer Spaltung der Gesellschaft
23 unmissverständlich entgegenzuwirken. Der freiheitliche, demokratische
24 Rechtsstaat duldet es nicht, wenn Menschen beschimpft, verhetzt und wegen ihrer
25 Herkunft, ihres Aussehens ihres demokratischen Engagements, ihrer sexuellen
26 Orientierung oder geschlechtlichen Identität, ihrer Religion, wegen einer
27 Behinderung oder Obdachlosigkeit beleidigt, bedroht und angegriffen werden.

28 Der Landesparteitag fordert dazu auf,

29 in Kooperation aus Land, Kreisen und der Zivilgesellschaft ein Maßnahmenprogramm
30 gegen die Bedrohung unserer offenen Gesellschaft durch Rechtsradikalismus, Hass
31 und Hetze zu erstellen. Dabei sollen insbesondere folgende Eckpunkte umfasst
32 werden:

33 1. Opfer rechter Gewalt schützen

34 Die Opferperspektive soll den zentralen Ausgangspunkt im Umgang mit Rassismus
35 einnehmen. Für den Schutz der Opfer ist eine sichergestellte psychologische

36 Betreuung und eine angemessene Entschädigung notwendig. Polizei und
37 Staatsanwaltschaft sollen dazu verpflichtet werden, Opfer rechter Angriffe über
38 die Beratungsangebote in Schleswig-Holstein zu informieren. Außerdem wissen wir
39 von Opferangehörigen, dass es durch rassistische Strukturen häufig eine Opfer-
40 Täter Umkehr gibt, die zu langfristiger gesellschaftlicher Benachteiligung
41 führen kann. Für Opfer rechter Gewalt braucht es daher eine positive
42 Perspektive. Für Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht/ deutsche
43 Staatsangehörigkeit bietet ein Bleiberecht als Opfer rechter Gewalt einen guten
44 Ansatz. Gleichzeitig ist ein Bleiberecht in solch begründeten Fällen ein klares
45 Signal gegen die politische „Ausländer raus“-Zielsetzung rassistischer
46 Gewalttäter*innen. Neben einem Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt fordern wir
47 eine wissenschaftliche Statistik zu Opferzahlen rechter Gewalt und mehr
48 Beratungsangebote für einen besseren Zugang zu den Fonds zur Entschädigung von
49 Opfern rechter Gewalt.

50 **2. Nachhaltige Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit, Präventionsarbeit** 51 **massiv ausbauen, politische Bildung stärken**

52 Wir fordern ein nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement. Insbesondere
53 müssen zivilgesellschaftliche Träger eine langfristige Perspektive erhalten. Die
54 Stärkung der freiheitlichen Demokratie durch politische Bildung ist eine Aufgabe
55 der Nachhaltigkeit und muss strukturell finanziell abgesichert werden.
56 Einjahresverträge sorgen bei den Trägern für unsichere Jobs und ungewisse
57 Lebensplanungen. Daher soll weiterhin versucht werden, entsprechende Arbeit zu
58 entfristen. Eine Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit muss auch bei
59 wechselnden politischen Mehrheiten gewährleistet sein.

60 Wir fordern eine zielgerichtete Demokratiebildung für alle Altersgruppen und
61 Möglichkeiten sich auch nach den etablierten Schul- und Jugendprogrammen über
62 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortbilden zu können. Es muss ein
63 Verständnis für die freiheitliche Demokratie entstehen und die Gegensätze zur
64 (Neu)-Rechten Ideologie aufgezeigt werden. Lehrkräfte sollen durch Fortbildungen
65 und Angebote im Studium künftig in der Lage sein, Antisemitismus und (Neu)-
66 Rechte Tendenzen in der Klasse frühzeitig zu erkennen und besser
67 entgegenzuwirken.

68 **3. Rechtsextreme Events begleiten und Einnahmen versteuern**

69 Es gibt kein ruhiges Hinterland. Auch in Schleswig-Holstein muss die
70 Landesregierung prüfen, in wie weit Rechtsrockkonzerte, rechte Kampfsportevents
71 oder rechte Liederabende Privatveranstaltungen sind, oder als Einnahmequelle für
72 die rechte Szene dienen. Einnahmen aus den kommerziellen Veranstaltungen müssen
73 versteuert und öffentlich gemacht werden.

74 **4. Rechtsradikalen Dominanzbestrebungen überall entgegenwirken**

75 Ob Jüdische- oder Türkische Gemeinden, ob Vereine, oder Dorfgemeinschaften. Das
76 Land muss mit der Zivilgesellschaft daran arbeiten, dass keine „Angst-Räume“
77 durch rechtsradikale Dominanzbestrebungen entstehen. Dafür kann das Land
78 explizit in den Orten, in denen es zu Bedrohungen oder Verbreitung von rechten
79 Strukturen kommt durch demokratische Infrastruktur, Kultureinrichtungen und
80 Investitionen in die Sozial- und Jugendarbeit reagieren. Dabei bekennen wir uns
81 zu den zivilgesellschaftlichen Initiativen, die antifaschistische Arbeit leisten
82 und in den Kommunen rechter Dominanz entgegenzutreten.

83 Beratungsorganisationen sollen dazu befähigt werden, durch Sozialarbeit früh in
84 der Lage zu sein, solche Dominanzbestrebungen zu erkennen und ihre Beratungen
85 gezielt anzubieten.

86 **5. Die Erinnerungskultur weiter ausbauen**

87 Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, das würdige Gedenken
88 an die Opfer und die Lehren aus der Geschichte bilden die Grundlage unseres
89 freiheitlichen, demokratischen Gemeinwesens. Ein „Nie Wieder“ wollen wir durch
90 eine bessere Erinnerungskultur mit Leben füllen. Wir fordern eine
91 Auseinandersetzung mit Opfern rechter Gewalt nach 1945 und eine Aufarbeitung der
92 Verantwortung der Hafenstädte und des Landes Schleswig-Holstein im
93 Kolonialismus.

94 Besonders im Bereich der Verantwortung im Kolonialismus hat Schleswig-Holstein
95 die Chance Vorreiter zu werden und damit eine grundlegende Auseinandersetzung
96 mit Rassismus zu ermöglichen

97 **6. Rassismus erkennen, Rassismus benennen**

98 Wir fordern eine intensive Auseinandersetzung mit strukturellem und
99 institutionellem Rassismus. Ob „Racial Profiling“ oder eine Ungleichbehandlung
100 von Bewerber*innen aufgrund eines Kopftuches - Struktureller Rassismus ist
101 verfassungswidrig, weil er der Gleichbehandlung in Artikel 3 des Grundgesetzes
102 widerspricht. Trotzdem ist er für Opfer von Rassismen Alltag. Wir erkennen dies
103 als stark vernachlässigtes Thema in der Öffentlichkeit und der Politik an. Es
104 braucht eine höhere Repräsentation von Migrant*innen in gesellschaftlich
105 wichtigen und sichtbaren Positionen. Die Landesregierung soll sich für ein
106 Partizipationsgesetz für Menschen aus Einwanderungsfamilien auf Bundesebene
107 stark machen. Außerdem fordern wir ein kommunales Monitoring über
108 Alltagsrassismus in ganz Schleswig-Holstein mit wissenschaftlicher Begleitung.

109 **7. Sicherheitsbehörden besser gegen Rechtsradikalismus aufstellen**

110 Die Sicherheitsbehörden müssen besser befähigt werden, Gefährdungen durch
111 rechtsextremistische Netzwerke und Strukturen sowie rechtsextremistisch
112 motivierte Gewalt bis hin zu terroristischer Bedrohung tatsächlich zu erkennen.
113 Besonders das Erkennen von Rechtsextremismus und die Gefahr, die durch völkische
114 und eingeschworene Gemeinschaften, bis hin zur europäischen und internationalen
115 Kooperationen von Rechtsextremen, müssen viel stärker in den Blick genommen
116 werden. Wir sprechen uns weiterhin gegen den Einsatz von bezahlten V-Leuten in
117 den rechtsextremen Strukturen aus, um eine Förderung der Szene zu verhindern.
118 Gerade durch die Veränderung der rechten Szene in den letzten Jahren, fordern
119 wir die Ermittlungsbehörden mit mehr sozialwissenschaftlicher Kompetenz
120 auszustatten, um etwa das Vordringen rechter Akteur*innen in den sog.
121 „vorphysischen Raum“ (Schulen, Redaktionen usw.) und die Strategie dahinter
122 frühzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren.

123 **8. Hass und Hetze im Netz effektiv durch Zivilgesellschaft und Rechtsstaat** 124 **entgegenzutreten**

125 Rechtsextreme Ideologie verbreitet sich durch Propaganda in den sozialen Medien
126 immer einfacher. Außerdem dienen Facebook und Co. Neonazis zur Vernetzung und
127 Radikalisierung. Wir fordern eine konsequente staatliche Verfolgung strafbarer
128 Inhalte sowie eine anschließende Löschung durch die Betreiber*innen und eine

129 finanzielle Grundlage für die Bekämpfung von Hass im Netz auch für staatliche
130 Behörden und zivilgesellschaftliche Vereine.

131 **9. Hassgewalt konsequent erfassen und ermitteln**

132 Immer wieder kommt es zu rechtsextrem motivierter Gewalt. Dabei ist eine geringe
133 Aufklärungsquote, geringe Strafen und nicht vollstreckte Haftbefehle gegen
134 rechtsextreme Straftäter*innen bedauerlicher Status-Quo. Polizei und Justiz
135 müssen durch Aus- und Weiterbildung im Bereich der Bekämpfung von
136 Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gefördert werden.

137 **10. Ein strengeres Waffenrecht vorlegen**

138 Die rechtsextreme Ideologie predigt einen „Kampf gegen die BRD“. Es wird auch
139 dazu aufgerufen sich zu bewaffnen. Neben dem Entzug der „waffenrechtlichen
140 Erlaubnis“ für identifizierte Rechtsradikale fordern wir allgemein strikere
141 Regeln für Anträge auf eine Waffenerlaubnis, den Verbot für halbautomatische
142 Waffen für Privatpersonen und eine konsequente Überprüfung von privaten Waffen-
143 und Munitionsbeständen.

144 **11. Antisemitismusbeauftragten schaffen**

145 Antisemitische Vorfälle und Übergriffe sind weiterhin Realität, auch in
146 Schleswig-Holstein. Deshalb fordern wir in Ergänzung der neu gestarteten
147 unabhängigen Meldestelle für Antisemitismus in Schleswig-Holstein eine*n
148 Beauftragte*n des Landes für Jüdisches Leben und Antisemitismus in Schleswig-
149 Holstein.